



Die neue Koalition kann gelingen

Union sondiert mit FDP und Grünen

In Berlin haben CDU, CSU, FDP und die Grünen in einer weiteren Sondierungsrunde über Finanz-, Haushalts-, und Steuerpolitik beraten. Alle Gesprächspartner waren sich am Ende einig darüber, Schuldenbremse und 'schwarze Null' zu halten. Damit wird am Kurs der Haushaltspolitik festgehalten, der auch Teil des Regierungsprogramms von CDU und CSU war. Zu den steuerlichen Entlastungsmaßnahmen, auf die sich die an den Sondierungen beteiligten Parteien geeinigt haben, zählen insbesondere:

- die Entlastung von Familien mit Kindern sowie von Bezieherinnen und Beziehern unterer und mittlerer Einkommen
- der Abbau des Solidaritätszuschlags,
- die Förderung der energetischen Gebäudesanierung,
- die Förderung des Mietwohnungsbaus einschließlich der Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen,
- Verbesserungen bei der degressiven AfA,
- die Einführung einer steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsförderung,
- der Abbau von Subventionen. Insbesondere überprüfen wir Subventionen, die den Klimazielen widersprechen. Den Investitionsbedarf wollen wir in den elf weiteren Themenbereichen ermitteln und aufeinander abstimmen.

Nach den ersten Treffen hatten die Gesprächsteilnehmer der Union signalisiert, dass die Koalition gelingen kann, wenn es einen gemeinsamen Leitgedanken gibt. Den wollen die Gesprächspartner anhand der jetzt vorgestellten Themenblöcke bis Anfang November herausarbeiten. Am Ende der Sondierungen soll ein Papier stehen, dessen Ergebnisse darüber entscheiden, ob es zu Koalitionsgesprächen kommt. Bei den Sondierungen werden alle zwölf Themenblöcke durchgegangen:

- Finanzen, Haushalt, Steuern
- Europa
- Klima, Energie, Umwelt
- Flucht, Asyl, Migration, Integration
- Bildung, Forschung, Innovation, Digitales, Medien
- Arbeit, Rente, Gesundheit, Pflege, Soziales
- Familie, Frauen, Senioren, Jugend
- Kommunen, Wohnen, Ehrenamt, Kultur, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen
- Landwirtschaft, Verbraucherschutz
- Wirtschaft, Verkehr
- Außen, Verteidigung, Entwicklungszusammenarbeit, Handel
- Innen, Sicherheit, Rechtsstaat

Weitere Gesprächstermine für Sondierungen sind für den 26. Oktober, 30. Oktober, sowie für den 1. bis 3. November geplant.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



nach der Bundestagswahl und dem klaren Regierungsauftrag für die Union haben die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU,

FDP und Grünen in der letzten Woche begonnen. Die erste Runde der Gespräche zur Haushalts- und Finanzpolitik sind überraschend positiv gelaufen. Die Grundsatzverständigung, die Schuldenbremse einzuhalten und schwarze Null zu halten, ist erfreulich. Auch die Bereitschaft aller Gesprächspartner, eine Entlastung von Familien mit Kindern sowie von Bezieherinnen und Beziehern unterer und mittlerer Einkommen zu vereinbaren, ist positiv.

Allerdings stehen uns in den Bereichen der Migrationspolitik und inneren Sicherheit noch schwere Gespräche bevor. Auch gibt es noch hohe Hürden im Hinblick auf eine gute Industriepolitik und die Arbeitsplatzsicherheit, die uns in Nordrhein-Westfalen sehr wichtig ist. Deswegen brauchen wir eine vernünftige Energie- und Klimapolitik mit Augenmaß, die nicht den Industriestandort bei uns in Nordrhein-Westfalen gefährdet. Wir sind in der Pflicht, den Strombedarf der Industrie und der Verbraucher in NRW zu decken. Die letzten fünf Kernkraftwerke werden in den nächsten acht Jahren abgeschaltet. Derzeit sind die erneuerbaren Energien nicht in der Lage, die Lücke zu füllen und die Leitungen für die Windenergie aus dem Norden sind noch nicht da.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW
Foto: Carlos Albuquerque

Ständige Strukturierte Zusammenarbeit stärkt die Europäische Union Mehr Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger



Das Bundeskabinett hat in der vergangenen Woche Eckpunkte zur Teilnahme Deutschlands an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU („Permanent Structured Cooperation“, PESCO) beschlossen. Hierzu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:

„Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt die Eckpunkte zur Teilnahme an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Diese ist ein zentraler Baustein zur Vertiefung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Es liegt im ureigenen deutschen Interesse, dass sich Europa auch im Bereich der Außenpolitik und Verteidigungsfähigkeit weiterentwickelt. Am Ende bedeutet das mehr Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger.“

Angesichts der seit Jahren zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen befürwortet die CDU/CSU-Fraktion eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion als langfristige Perspektive. Dass sich die EU-Mitgliedstaaten sich ihrer Verantwortung bewusst sind, zeigt die hohe Bereitschaft zur Teilnahme an der PESCO: 20 oder mehr Mitgliedsstaaten haben förmlich mitgeteilt, dass sie dabei sein werden; kein Mitgliedsland hat sich grundsätzlich dagegen ausgesprochen. Unter dem Dach der PESCO werden einzelne EU-Mitglieder intensiver miteinander kooperieren als andere. Deutschland sollte hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen.

Die PESCO markiert einen Meilenstein in der Weiterentwicklung der Europäischen Union, weil eine Verflechtung in einem weiteren Politikfeld stattfindet, das bis dato in den Hoheitsbereich der Nationalstaaten fiel. Mit den sicherheitspolitischen Kooperationsmöglichkeiten erschließen sich neue Felder zur Steigerung der außenpolitischen Schlagkraft der EU.“

Foto: Katja-Julia Fischer

Der neue Bundestag nimmt seine Arbeit auf

19. Legislaturperiode hat begonnen

Auf den Tag genau einen Monat nach der Wahl nahm der neue Bundestag diese Woche seine Arbeit auf. Auf der Tagesordnung der konstituierenden Sitzung stand die Wahl des Bundestagspräsidenten und seiner sechs Stellvertreter.

Der FDP-Politiker und ehemalige Bundestagsvizepräsident Hermann Otto Solms hatte als Alterspräsident die 19. Wahlperiode des Bundestages eröffnet. Solms ist nach Schäuble der Abgeordnete mit der zweitlängsten Parlamentserfahrung. Ihm war die Rolle des Alterspräsidenten zugefallen, weil Wolfgang Schäuble als Dienstältester nicht gleichzeitig die konstituierende Sitzung eröffnen und seine Wahl zum Bundestagspräsidenten einleiten konnte.

Die Abgeordneten wählten Schäuble in der ersten Sitzung des Bundestages mit 501 Ja-Stimmen ins neue Amt als Bundestagspräsident. Schäuble sagte in seiner Antrittsrede, er freue sich auf die neue Aufgabe, denn er sei „Parlamentarier aus Leidenschaft“. Er warb für einen demokratischen „Streit nach Regeln“, für ein „zivilisiertes Miteinander“ und „Fairness“ in der Debatte. „Im Parlament schlägt das Herz unserer Demokratie“, betonte Schäuble im Plenum. So etwas wie ein Volkswille entstehe überhaupt erst in und mit den parlamentarischen Entscheidungen. Dabei sei jeder Abgeordnete dem ganzen Volk verpflichtet. Er repräsentiere die Gesellschaft nicht nur in ihrem Grundkonsens, sondern auch in ihrer Verschiedenheit. Kein Thema sei es aber wert, über den Streit das Gemeinsame in Vergessenheit geraten zu lassen.

Neben dem Bundestagspräsidenten wählten die Abgeordneten auch die Stellvertreter: Während die Kandidaten von CSU, SPD, FDP, Grünen und Linken im ersten Wahlgang bestätigt wurden, fiel der AfD-Kandidat in drei Wahlgängen durch. Gewählt wurden dagegen Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU), Thomas Oppermann (SPD), Wolfgang Kubicki (FDP), Claudia Roth (Grüne) und Petra Pau (Linke).

Impressum:

Ausgabe Nr. 12/2017,
26. Oktober 2017

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck